

den Regierungen dieser Länder nicht beeinträchtigen" (XNA, 1.2.81). Die KPCh fördere keinen Export der Revolution und bekämpfe Einmischungen in die inneren Angelegenheiten anderer Länder. China sei der Ansicht, daß das politische und wirtschaftliche System eines Landes von dessen Volk selbst gewählt und entschieden werden solle. Es stehe auf der Grundlage der 5 Prinzipien der friedlichen Koexistenz.

Ob die thailändische Regierung mit dieser Antwort zufrieden war?

-we-

## INNENPOLITIK

### **(13) Betonung des Zentralismus und ideologische Remobilisierung: Politbüro und ZK faßten im November/Dezember 1980 Beschlüsse zur Sanierung der Wirtschaft, zur Stabilisierung der politischen Lage und zu Personalfragen**

Die Massenmedien in der Volksrepublik China und die kommunistischen Publikationen in Hongkong haben im Januar 1981 bestätigt, daß das ZK der Kommunistischen Partei Chinas im Dezember 1980 eine Arbeitstagung abgehalten hat, auf der weitreichende Beschlüsse zur Sanierung der Wirtschaft und zur Stabilisierung der politischen Lage gefaßt wurden. Die Dokumente der ZK-Arbeitstagung wurden zwar auch außerhalb der Partei verbreitet, jedoch nicht in den Massenmedien abgedruckt. Allerdings veröffentlichten die chinesischen Massenmedien im Januar 1981 mehrere Leitartikel, in denen indirekt die Beschlüsse der ZK-Arbeitstagung teilweise bekanntgegeben wurden. Eine Auswertung der Volkszeitung, der Roten Fahne, verschiedener Provinz- Rundfunkmeldungen und der KPCh-orientierten Hongkonger Zeitschriften Dongxiang und Zhengming ergibt folgendes Bild über die ZK-Arbeitstagung und ihre Beschlüsse:

Vorbereitet wurde die Arbeitstagung des Zentralkomitees auf einer Sitzung des Politbüros, die - mit Unterbrechungen - vom 13. November bis 5. Dezember 1980 stattfand. Neben Maßnahmen zur Sanierung der Wirtschaft und zur Stabilisierung der politischen Lage soll sich das Politbüro auch mit der künftigen Besetzung des Parteivorsitzes und des Vorsitzes der ZK-Militärkommission beschäftigen haben. Angeblich hat das Politbüro einstimmig der "Bitte" Hua Guofengs zugestimmt, ihn von seinen Ämtern als Parteivorsitzender und als Vorsitzender der ZK-Militärkommission zu entbinden. Während Hua künftig im Politbüro als stellvertretender Parteivorsitzender (und damit Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros) verbleiben soll, soll Hu Yaobang neuer Parteivorsitzender werden, und Deng Xiaoping soll den Vorsitz der ZK-Militärkommission solange übernehmen, bis ein anderer politisch zuverlässiger und fachlich qualifizierter Kandidat gefunden ist, der mit einer Mehrheit im Politbüro bzw. im Zentralkomitee rechnen kann. Dieser Beschluß des Politbüros bedarf jedoch noch der formellen Bestätigung durch die bevorstehende 6. Plenartagung des XI. ZK der KPCh bzw. durch den XII. Nationalen Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas. Während Hua Guofeng formell noch als Parteivorsitzender und als Vorsitzender der ZK-Militärkommission fungiert, scheinen Hu Yaobang und Deng Xiaoping diese Ämter bereits faktisch auszuüben: Nicht Hua Guofeng als ZK-Vorsitzender, sondern ZK-Generalsekretär Hu Yaobang leitete den Neujahrsempfang des Zentralkomitees der KPCh (Hua war noch nicht einmal unter den Teilnehmern), und nicht Hua Guofeng, sondern Deng Xiaoping richtete "wichtige Instruktionen" an die Nationale Konferenz der Chinesischen Volksbefreiungsarmee über politi-

sche Arbeit, die vom 14. Januar bis zum 1. Februar 1981 stattfand und u.a. die Beschlüsse der ZK-Arbeitstagung vom Dezember 1980 zum Thema hatte.

Zehn Tage nach der vorbereitenden Sitzung des Politbüros begann am 15. Dezember die Arbeitstagung des ZK der KPCh, die bis zum 25. Dezember 1980 dauerte. Teilnehmer an dieser Konferenz waren die Mitglieder des Politbüros, des ZK-Sekretariats und des Staatsrats (Ministerpräsidenten und Minister), die Direktoren aller ZK-Abteilungen, die 1. Parteisekretäre der Provinzen, Autonomen Gebiete und regierungsunmittelbaren Städte sowie die VBA-Kommandeure der Militärregionen. Auf der Tagesordnung standen u.a. folgende Themen:

1. Sanierung der Wirtschaft;
2. Stabilisierung der politischen Lage;
3. Prozeß gegen die "Viererbande" und die "Lin-Biao-Clique" (vor allem das Strafmaß für Jiang Qing und Zhang Chunqiao);
4. Bewertung Mao Zedongs und der Kulturrevolution;
5. Reform des Führungssystems der KPCh.

Mindestens drei Grundsatzreden wurden auf dieser ZK-Arbeitstagung gehalten, und zwar zu den zentralen Themen: Sanierung der Wirtschaft und Stabilisierung der politischen Lage. So hielt Chen Yun eine Rede über notwendige Maßnahmen zur Wirtschaftssanierung, in der er eine radikale Kürzung der schwerindustriellen Investitionsprojekte forderte und verlangte, bereits 1981 wieder ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen staatlichen Einnahmen und Ausgaben zu erreichen, um eine weitere Inflation zu vermeiden. ZK-Generalsekretär Hu Yaobang soll über die personelle Ausrichtung, d.h. die Säuberung der KPCh von politisch unzuverlässigen Mitgliedern, gesprochen haben. Die Abschlußrede auf der ZK-Arbeitstagung hielt Deng Xiaoping, der sich u.a. für eine weitere Stärkung der Parteiführung aussprach und zu einem scharfen Vorgehen gegen politische Oppositionelle aller Schattierungen aufrief. Die im folgenden aus verschiedenen Presse- und Rundfunkmeldungen versuchsweise rekonstruierten Beschlüsse der ZK-Arbeitstagung dürften im wesentlichen den Inhalt der Reden von Chen Yun, Deng Xiaoping und Hu Yaobang widerspiegeln.

Den Hintergrund der ZK-Arbeitstagung und ihrer Beschlüsse zur Sanierung der Wirtschaft und zur Stabilisierung der politischen Lage bildeten offenbar die Inflation des Jahres 1980 und ihre sozialen Folgen. Die Geldentwertung war im wesentlichen dadurch verursacht worden, daß die chinesische Regierung in großem Umfang zusätzliches Geld in Umlauf gebracht hatte, um das Haushaltsdefizit in Höhe von rund 17 Mrd. Yuan RMB i.J. 1980 decken zu können. Die Inflation hat offenbar bereits einen Großteil der letzten Lohnerhöhungen und Lohnzuschläge für die städtischen Arbeiter und Angestellten aufgefressen - es gibt sogar Berichte, daß das städtische Realeinkommen gesunken ist. Die Unzufriedenheit der Arbeiter über diese Entwicklung soll sich bereits in mehreren Streiks und Kundgebungen ausgedrückt haben. Eine Fortsetzung der inflationären Entwicklung könnte für die gegenwärtige chinesische Führung um Deng Xiaoping politisch sehr gefährlich werden, wenn es zu einer spontanen Koalition verschiedener unzufriedener Kräfte, die es vor allem in den Städten gibt (darunter 20 Millionen Arbeitslose und die desillusionierte kulturrevolutionäre Jugend), käme. Größere Unruhen, wie Streik- und Demonstrationswellen, könnten nur von der VBA niedergeschlagen werden, die dafür wieder mehr an politischem Einfluß gewinnen würde. Die Parteiführung hat diese Gefahren offenbar erkannt. Yang Yichen, 1. Parteisekretär der Provinz Heilongjiang, hat dies auf der Arbeitskonferenz des Provinzkomitees der KPCh von Heilongjiang im Januar 1981 am deutlichsten ausgesprochen: "Worin besteht die Ge-



fahr? Sie besteht in einer möglichen Wirtschaftskrise, die zu einer instabilen politischen Lage führen kann, wenn wir nicht erfolgreich arbeiten" (Radio Heilongjiang, 24.1.81, nach SWB, 29.1.81).

Die Bekämpfung der Inflation und die Verlagerung der Investitionsschwerpunkte auf die Leichtindustrie und die Landwirtschaft, um die Versorgung der Bevölkerung zu verbessern, waren deshalb die beiden Schwerpunkte der auf der ZK-Arbeitstagung beschlossenen Wirtschaftssanierungsmaßnahmen. Diese Maßnahmen sehen im einzelnen vor:

1. Erhöhung der staatlichen Einnahmen, u.a. durch bessere Ausnutzung vorhandener Produktionskapazitäten.
2. Senkung der staatlichen Ausgaben, u.a. durch Einstellung oder Aufschub von zu kostspieligen Investitionsprojekten, durch Reorganisierung oder sogar Schließung von nicht produktiv arbeitenden Betrieben, durch Energieeinsparung und die Senkung der Verwaltungskosten.
3. Strikte Einhaltung der Kreditpläne und Reduzierung des Geldumlaufs.
4. Stabilisierung der Preise.
5. Senkung der staatlichen Akkumulationsrate (Investitionsanteil am Bruttosozialprodukt) auf ungefähr 25%.
6. Einschneidende Senkung der Investitionen für die Schwerindustrie und Verlagerung der Investitionsschwerpunkte auf die Sektoren Leichtindustrie (insbesondere Textilindustrie), Landwirtschaft, Energiewirtschaft, Transportwesen, Wohnungsbau, Wissenschaft, Erziehung, Kultur und Gesundheitswesen.

Diese Sanierungsmaßnahmen sollen von der Zentrale einheitlich durchgesetzt und kontrolliert werden. Dies gilt insbesondere für den Bau großer Investitionsprojekte, die Preis-, Finanz- und Steuerpolitik, die Allokation von wichtigen Gütern und die Verwaltung des Außenhandels und der Devisen. Hier soll den lokalen Ebenen also offenbar die anfangs begrenzt gewährte Eigenständigkeit bei wirtschaftspolitischen Entscheidungen wieder genommen werden. Darüber hinaus sehen die Beschlüsse der ZK-Arbeitstagung zur Sanierung der Wirtschaft vor, daß die Sanierung der Wirtschaft Vorrang vor der Wirtschaftsreform haben soll. Wirtschaftsreformmaßnahmen sollen jedoch dort, wo sie bereits Erfolge gebracht haben, nicht wieder rückgängig gemacht werden.

Die Teilnehmer der ZK-Arbeitstagung waren der Ansicht, daß eine erfolgreiche Sanierung der Wirtschaft der Stabilisierung der politischen Lage dienen werde. Auf der anderen Seite seien politische Stabilität und Einheit (anding tuanjie) jedoch auch Voraussetzung für eine erfolgreiche Sanierung der Wirtschaft. Um diese Voraussetzung zu schaffen, seien drei Maßnahmenbündel notwendig:

1. Stärkung der ideologisch-politischen Arbeit dahingehend, daß der auf der 3. Plenartagung des XI. Zentralkomitees der KPCh festgelegte Kurs einheitlich verstanden, anerkannt und befolgt wird. Dabei sollen vor allem folgende Themen behandelt werden:

#### 1.1. Die gegenwärtige Lage.

Hier soll erklärt werden, wieso es zur gegenwärtigen Situation gekommen ist, und daß es im Interesse aller notwendig ist, daß der einzelne die Lasten des Staates teilt (d.h. wahrscheinlich keine weiteren Lohnerhöhungen o.ä., um eine inflationäre Eigendynamik zu verhindern).

1.2. Die "Vier grundlegenden Prinzipien" ("Am sozialistischen Weg festhalten, an der Führung durch die Kommunistische Partei Chinas festhalten, an der Diktatur des Proletariats festhalten und am Marxismus-Leninismus und den Mao-Zedong-Ideen festhalten").

Hier soll erläutert werden, daß die Führung durch die KPCh das wichtigste Grundprinzip ist. Darüber hinaus soll klargestellt werden, daß die Verdienste Mao Zedongs schwerer wiegen als seine Fehler, daß nur der Sozialismus China retten kann und daß ohne die Führung durch die KPCh der Sozialismus nicht zu verwirklichen ist.

1.3. Der politische Kurs der KPCh seit der 3. Plenartagung des XI. ZK im Dezember 1978.

1.4. Aufbau des Landes durch Sparsamkeit, Fleiß, harte Arbeit, einfaches Leben, Selbstlosigkeit u.a.

1.5. Organisation und Disziplin innerhalb des Systems des Demokratischen Zentralismus.

Hier soll klargestellt werden, daß dem Zentralkomitee der Partei unbedingt politisch Folge geleistet werden muß, daß ZK-Dokumente unbedingt zu befolgen sind, Opposition zum ZK nicht geduldet ist und daß sich die Minderheit der Mehrheit unterzuordnen hat.

#### 1.6. Demokratie und Rechtssystem.

Hier soll klargestellt werden, daß Demokratie und Rechtssystem zum gesellschaftlichen Überbau zählen und von daher der ökonomischen Basis dienen müssen. Unter den gegenwärtigen Bedingungen heißt dies, daß Demokratie und Rechtssystem den Erfolg der Wirtschaftssanierungsmaßnahmen gewährleisten und den Vier Modernisierungen dienen müssen.

#### 1.7. Kommunistische Ideologie und Moral.

Propagiert werden sollen u.a. der revolutionäre Optimismus, der revolutionäre Heroismus, der revolutionäre Geist des "Yu Gong versetzt Berge" (d.h. wo ein Wille ist, ist auch ein Weg), Selbstlosigkeit und harter Kampf und einfaches Leben. Damit soll das Sozialverhalten verbessert und neben einer materiellen auch eine "geistige Zivilisation" des Sozialismus geschaffen werden.

1.8. Kampf gegen bürgerliche und kleinbürgerliche Ideologie.

Verurteilt werden sollen u.a. "Ultraindividualismus", Anarchismus, bürgerliche Liberalisierung, das Profitdenken einzelner und die Anbetung des Kapitalismus und der bürgerlichen Demokratie.

2. Kampf gegen verschiedene Anti-Partei-Kräfte, antisozialistische und konterrevolutionäre Elemente sowie Kriminelle, und Stärkung der "demokratischen Diktatur des Volkes" bzw. Diktatur des Proletariats.

Vier Gruppen von Personen, die das sozialistische System untergraben, werden genannt:

2.1. Unverbesserliche Anhänger der "Viererbande" und der "Lin-Biao-Clique", die u.a. "Sabotageakte" begangen haben.

2.2. Politische Oppositionelle, die das Konzept der bürgerlichen Demokratie verfechten und eine bürgerliche Liberalisierung in China fordern.

2.3. Kriminelle.

2.4. Personen, die Wirtschaftsdelikte wie Schmuggel, Steuerhinterziehung, Bestechung, Spekulation mit Rationierungskarten für Getreide und andere Waren, Preistreiberei usw. begehen.

3. Stärkung und Verbesserung der Führung durch die KPCh durch folgende Maßnahmen:



### 3.1. Reorganisierung der Führungsorgane:

3.1.1. Säuberung der Führungsorgane von Anhängern Lin Biaos und der "Viererbande", von kulturevolutionären Gesetzesbrechern und anderen in Opposition zur Parteiführung stehenden Personen.

3.1.2. Verjüngung der Führungsorgane und Berufung von politisch zuverlässigen und fachlich qualifizierten Führungskräften.

3.2. Bekämpfung ungesunder Tendenzen innerhalb der KPCh: Machtmißbrauch, Nepotismus, Korruption, Betrug, Spekulation und illegaler Handel.

3.3. Beschränkung der Rolle der Betriebsparteikomitees auf die politische Arbeit. Das Betriebsmanagement soll künftig allein Sache eines speziellen Komitees von Fachleuten sein, während Arbeits- und Sozialfragen in den Aufgabenbereich der Massenorganisationen (Gewerkschaft, Frauenverband und Jugendverband) fallen.

3.4. Verstärkte Ausrichtung der Partei nach den Interessen des Volkes.

3.5. Entschlossene Durchsetzung des "Parteigeistes", d.h. des Prinzips des demokratischen Zentralismus. Die gesamte Partei muß sich bedingungslos dem ZK unterordnen. Jene, die anderer Meinung als das ZK sind, dürfen ihre Ansichten nicht in den Massenmedien veröffentlichen, und die lokale Presse darf keine Meinungen veröffentlichen, die der des lokalen Parteikomitees widersprechen.

3.6. Verstärkung der ideologisch-politischen Arbeit der Partei (siehe 1.).

Die Beschlüsse der ZK-Arbeitstagung vom Dezember 1980 zur Sanierung der Wirtschaft und Stabilisierung der politischen Lage laufen auf eine erneute Verstärkung des Zentralismus sowohl innerhalb der Wirtschaftspolitik als auch auf ideologisch-politischem Sektor hinaus. Mit einer Kombination von wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Maßnahmen soll versucht werden, der Unzufriedenheit unter der städtischen Bevölkerung Herr zu werden. Der verstärkte Rückgriff auf die Ideologie war notwendig geworden, nachdem es der Partei- und Staatsführung nicht gelungen war, ihre hohen Versprechen materieller Art bei der Stadtbevölkerung einzulösen.

-sch-

### (14) ZK-Neujahrsempfang ohne Hua Guofeng

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas gab am 1. Januar 1981 einen Neujahrsempfang, auf dem nicht der nominelle ZK-Vorsitzende Hua Guofeng, sondern der ZK-Generalsekretär Hu Yaobang die Neujahrsgriße im Namen des Zentralkomitees übermittelte. Die Abwesenheit von Hua Guofeng war ein erneutes Zeichen dafür, daß er in Kürze von Hu Yaobang im Amt des Parteivorsitzenden abgelöst wird. Auffallend an der Teilnehmerliste des ZK-Neujahrsempfanges war allerdings auch, daß sich unter den sieben fehlenden aktiven Politbüromitgliedern fünf hohe Militärs befanden: der stellvertretende Parteivorsitzende Ye Jianying, Li Desheng, Nie Rongzhen, Xu Shiyou und Xu Xiangqian. Von den Vorsitzenden der gewichtigen ZK-Militärkommission war somit nur Deng Xiaoping erschienen - ein Anzeichen dafür, daß sich erhebliche Teile der chinesischen Volksbefreiungsarmee der Absetzung Hua Guofengs widersetzen?

-sch-

### Prozeß gegen "die konterrevolutionären Cliques um Lin Biao und Jiang Qing" mit Urteilsverkündung abgeschlossen

Der am 20. November 1980 eröffnete Prozeß gegen "die konterrevolutionären Cliques um Lin Biao und Jiang Qing" wurde am 25. Januar 1981 mit der Verlesung der Urteile abgeschlossen (siehe hierzu ausführlich den Aufsatz von Oskar Weggel sowie den Beitrag von Wolfgang Bartke in diesem Heft). Das Urteil des Sondergerichts des Obersten Volksgerichts der Volksrepublik China ist in vollständiger deutscher Übersetzung abgedruckt in "Beijing Rundschau", 3.2.81, S.13-28.

-sch-

### (16) Sprengstoffanschläge begleiteten den Prozeß gegen die "Viererbande"

Im Januar 1981 wurden aus fast allen chinesischen Provinzen "Sabotageakte" von Anhängern "der konterrevolutionären Cliques von Lin Biao und Jiang Qing" gemeldet (siehe diverse Rundfunkmeldungen in SWB). Teilweise war in den Meldungen der Provinzrundfunksender explizit von "Sprengstoffanschlägen" die Rede. Über das Ausmaß der angerichteten Schäden wurden jedoch keine Angaben gemacht. Bereits am 18. Dezember 1980 hatten das Ministerium für öffentliche Sicherheit und andere Regierungsorgane eine Verordnung zum Verbot der illegalen Produktion, des illegalen Verkaufs und des illegalen Transports u.a. von Sprengstoff, Zündschnüren und Feuerwaffen erlassen (Xinhua, 18.12.80, nach SWB, 1.1.81). Es könnte sein, daß diese Verordnung im Zusammenhang mit den gemeldeten "Sabotageakten" steht.

-sch-

### (17) Mao-Mausoleum zum dritten Mal geschlossen

Einer Meldung der Nachrichtenagentur Reuter vom 2. Januar 1981 zufolge, ist das offiziell als "Gedenkhalle für den Vorsitzenden Mao" benannte Mao-Mausoleum erneut für die Öffentlichkeit geschlossen worden. Ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums begründete diese Maßnahme mit Reparaturarbeiten. Reuter zufolge gibt es unbestätigte Berichte über Vorschläge, das Mao-Mausoleum in eine Gedenkhalle für Revolutionäre umzuwandeln (nach FR, 3.1.81). Berichte über derartige Pläne hatte es bereits im Frühjahr 1979 gegeben. Sie waren indirekt bestätigt worden durch einen Leitartikel in der Volkszeitung vom 5. März 1979, in dem es geheißen hatte, daß das Zentralkomitee der KP Chinas nach einem Entwurf für die Errichtung einer Gedenkstätte für den früheren Ministerpräsidenten Zhou Enlai und andere bedeutende KPCh-Führer suche. Aus diesem Leitartikel konnte ferner die Auffassung der Parteiführung abgelesen werden, daß es nicht im Sinne Zhou Enlais wäre, neben dem bereits existierenden Mao-Mausoleum eine weitere Gedenkstätte für verstorbene KPCh-Führer zu bauen.

Die nunmehr dritte Schließung des Mao-Mausoleums wegen "Reparaturarbeiten" fällt in eine Zeit, in der der Hauptbefürworter des Baus der riesigen Mao-Gedächtnisstätte auf dem Platz des Himmlischen Friedens, Hua Guofeng, weitgehend an politischem Einfluß verloren hat. Mit der Errichtung der "Gedenkhalle für den Vorsitzenden Mao" hatte sich Hua Guofeng offenbar eine eindrucksvolle Legitimierung seines Führungsanspruchs in Partei und Staat als von Mao eigens eingesetzter Nachfolger ("Wenn du die Sache in die Hand nimmst, bin ich beruhigt.") erhofft. Mao Zedong selbst soll jedoch vor seinem Tod den Wunsch geäußert haben, nach seinem Ableben verbrannt und in seinem Heimatkreis Xiangtan in der Provinz Hunan beigesetzt zu werden. Wenn es tatsächlich



einen derartigen Wunsch Maos gegeben hat bzw. wenn sich ein solcher "beweisen" läßt, könnte die Fraktion um Deng Xiaoping damit nicht nur die Umwandlung des Mao-Mausoleums in eine Gedenkhalle für verstorbene KPCh-Führer legitimieren, sondern auch Hua Guofeng anlasten, mit dem Bau des Mao-Mausoleums gegen den Willen Maos verstoßen zu haben.

Die Chronologie der Eröffnung und Schließung des Mao-Mausoleums in den dreieinhalb Jahren nach seiner Fertigstellung spiegelt offenbar die Auseinandersetzung um Mao Zedong innerhalb der Führung der KP Chinas wider (siehe zu diesem Thema auch den Aufsatz von Yu-Hsi Nieh in diesem Heft):

9.9.1977: Offizielle Einweihung der "Gedenkhalle für den Vorsitzenden Mao" am 1. Todestag Maos.

24.12.1978: Erste Schließung wegen "Reparaturarbeiten".

3.5.1979: Erste Wiedereröffnung.

6.12.1979: Zweite Schließung wegen "Reparaturarbeiten".

1.4.1980: Zweite Wiedereröffnung.

2.1.1981: Dritte Schließung wegen "Reparaturarbeiten".

-sch-

#### **(18) Vorbereitung der Veröffentlichung von Band VI der "Ausgewählten Werke Mao Zedongs"**

Der im Januar 1981 in der VR China weilende Vizepräsident des japanischen Unterhauses, Haruo Okada, hat auf einer Pressekonferenz in Beijing mitgeteilt, daß die chinesischen Behörden die Veröffentlichung des VI. Bandes der "Ausgewählten Werke Mao Zedongs" planen und entsprechende Vorbereitungen treffen (AFP, 16.1.81, nach MD, 19.1.81).

-sch-

#### **(19) Oppositionelle wegen Kritik an Mao zu Gefängnisstrafen verurteilt**

Der Shanghaier Untergrund-Publikation "Die Stimme der Demokratie" zufolge sind zwei junge chinesische Oppositionelle, die 1979 in Shanghai verhaftet worden waren, kürzlich zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil sie den verstorbenen Parteichef Mao Zedong als "Kriegsherrn" und "Diktator" bezeichnet hatten. Das Shanghaier Untergrundblatt gab die Namen der beiden Verhafteten mit Qiao Zhonglin und Wang Fuchen an (nach AFP, 28.1.81, in MD, 29.1.81). Diese Urteile entsprechen der seit August 1980 gültigen Bewertung Maos, nach der die Verdienste Mao Zedongs gegenüber seinen Fehlern überwiegen und derzufolge Mao immer nur gute Vorsätze gehabt und seine Fehler nicht vorsätzlich begangen hat (siehe C.a., August 1980, 0 16; vgl. C.a., Dezember 1980, 0 20).

-sch-

#### **(20) Herausgabe von Band I der "Ausgewählten Werke von Zhou Enlai"**

Band I der "Ausgewählten Werke von Zhou Enlai" ist am 1. Januar 1981 vom Redaktionskomitee für Dokumente beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas herausgegeben worden. Er enthält 60 Schriften Zhou Enlais aus der Zeit zwischen 1924 und 1949. Davon sind 40 Beiträge Erstveröffentlichungen.

-sch-

#### **(21) Gu Mu als Vizepremier weiterhin für staatliche Investitionspolitik zuständig**

Der Vorsitzende der Staatsratskommissionen für Auslandsinvestitionen und Handel, Gu Mu, hat in einem Gespräch mit dem japanischen Botschafter in Beijing am 26. Dezember 1980 betont, daß er als stellvertretender Ministerpräsident weiterhin für die staatliche Investitionspolitik zuständig sei (Kyodo, 26.12.80, nach SWB, 17.1.81). Gu Mu war - wie bereits berichtet (siehe C.a., Dezember 1980, 0 24) - im Dezember 1980 von seinem Amt als Vorsitzender der Kommission des Staatsrats für Investbau bzw. Investitionslenkung zurückgetreten (Kyodo, nach SWB, 17.12.80; FAZ, 17.12.80). Die Tatsache, daß Gu Mu als Vizepremier nach wie vor für die staatliche Investitionspolitik zuständig ist, ist insofern nicht ungewöhnlich, als den insgesamt 13 stellvertretenden Ministerpräsidenten der VR China jeweils bestimmte Aufgabengebiete zufallen.

-sch-

#### **(22) Neuer chinesischer Kultusminister**

Die französische Nachrichtenagentur AFP meldete am 3. Januar 1981 aus Beijing, daß aus verlässlicher Quelle verlautet worden sei, daß der bisherige Kultusminister Huang Zhen abgelöst und durch einen seiner Stellvertreter, Zhou Weizhi, ersetzt worden sei (nach MD, 6.1.81). Diese Nachricht wurde durch eine Meldung der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua vom 5. Februar 1981 bestätigt, in der Zhou Weizhi als "amtierender Kultusminister" bezeichnet wurde (XNA, 6.2.81). Hintergrund für die Ablösung Huang Zhens als Kultusminister dürften die Bestrebungen der neuen chinesischen Partei- und Staatsführung sein, die fachliche Qualität des Regierungsapparates zu verbessern und mehr Positionen mit Fachleuten zu besetzen. So hatte sich der jetzt abgelöste 71jährige Huang Zhen, ein Veteran des Langen Marsches, seine Meriten nicht auf dem Kultursektor erworben, sondern auf dem diplomatischen Parkett als Botschafter in Ungarn, Indonesien und Frankreich und zeitweise als stellvertretender chinesischer Außenminister. Der neue chinesische Kultusminister Zhou Weizhi ist ein Komponist, der im Verlauf der Kulturrevolution in Ungnade gefallen war und 1978 rehabilitiert wurde.

-sch-

#### **(23) Lin Hujia abgelöst: neue Führung in Beijing**

Lin Hujia ist am 25. Januar 1981 von seinem Posten als 1. Parteisekretär und Bürgermeister der regierungsunmittelbaren Stadt Beijing abgelöst worden. Beschlossen wurde die Absetzung Lin Hujias sehr wahrscheinlich auf der Arbeitstagung des Zentralkomitees der KPCh im Dezember 1980. Der Hintergrund für die Ablösung Lin Hujias dürfte seine Weigerung gewesen sein, sein ehrgeiziges Industrialisierungsprogramm für Beijing aufzugeben. Das Sekretariat des Zentralkomitees der KPCh hatte bereits Ende April 1980 von der Beijinger Führung eine Änderung der Investitionspolitik dahingehend verlangt, den Investitionsschwerpunkt von der Industrie auf den Gartenbau, öffentliche Einrichtungen, Wissenschaft, Kultur, Erziehung, Gesundheitswesen, Tourismus, Dienstleistungsgewerbe, Umweltschutz und Wohnungsbau zu verlagern (Xinhua, 6.5.80, nach SWB, 12.5.80; Beijing Ribao, 11.5.80 und 16.5.80). Lin Hujia, der im Oktober 1978 den Posten des 1. Parteisekretärs von Beijing von dem in Ungnade gefallenen Wu De übernommen hatte, weigerte sich offensichtlich, den Beschluß des ZK-Sekretariats auszuführen. Hierfür handelte er sich u.a. eine scharfe Kritik des ZK-Organs Volkszeitung am 19. November 1980 ein, die ihn jedoch nicht namentlich angriff, sondern lediglich von "gewissen Führern" sprach,



die sich bereits seit mehr als einem halben Jahr weigern würden, den Vorschlag des ZK-Sekretariats zum Aufbau von Beijing in die Tat umzusetzen.

Neuer 1.Parteisekretär von Beijing wurde der bisherige 1.Parteisekretär der Provinz Henan, Duan Junyi, der vor der Kulturrevolution Minister des 1.Maschinenbauministeriums war. Neuer Bürgermeister von Beijing wurde Jiao Ruoyu, bisher Minister des 8.Maschinenbauministeriums. Jiao Ruoyu wurde gleichzeitig 2.Parteisekretär von Beijing. Darüberhinaus wurde Zhao Pengfei zu einem der stellvertretenden Bürgermeister von Beijing ernannt. Zhao war bisher einer der stellvertretenden Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des VII.Volkskongresses der Stadt Beijing (Xinhua, 25.1.81, nach SWB, 29.1.81; XNA, 26.1.81).

-sch-

#### **(24) Neuer 1.Parteisekretär der Provinz Henan**

Neuer 1.Parteisekretär der Provinz Henan wurde Liu Jie, seit September 1979 bereits Gouverneur dieser Provinz (Radio Henan, 31.1.81, nach SWB, 10.2.81). Liu Jie übernimmt damit den Posten von Duan Junyi, der neuer 1.Parteisekretär von Beijing wurde.

-sch-

#### **(25) Tagung des Volkskongresses der Provinz Gansu: neuer Provinzgouverneur**

Die 3.Tagung des V.Volkskongresses der Provinz Gansu fand vom 25.Dezember 1980 bis 3.Januar 1981 in der Provinzhauptstadt Lanzhou statt. Die 676 Abgeordneten des Provinzparlaments von Gansu, die aus zehn verschiedenen Nationalitäten kommen, akzeptierten den Rücktritt von Feng Jixin von seinem Posten als Provinzgouverneur und wählten in geheimer Wahl Li Dengying zum neuen Gouverneur der Provinz Gansu (Radio Gansu, 3.1.81, und Xinhua, 11.1.81, nach SWB, 15.1.81).

-sch-

#### **(26) Tagung des Volkskongresses der Provinz Shaanxi**

Die 3.Tagung des V.Volkskongresses der Provinz Shaanxi fand vom 25.-31.Dezember 1980 in der Provinzhauptstadt Xi'an statt. Eines der Hauptthemen der Tagung waren die praktischen Konsequenzen, die aus den von der Zentrale beschlossenen Wirtschaftssanierungsmaßnahmen für die Arbeit der Provinzregierung zu ziehen sind. Angaben über ein Haushaltsdefizit für die Jahre 1979 und 1980, wie dies in der Nachbarprovinz Shanxi der Fall gewesen war (vgl. C.a., Dezember 1980, Ü 13), wurden nicht gemacht. In seinem Regierungsbericht führte Gouverneur Yu Mingtao u.a. aus, daß die Provinz Shaanxi in den letzten beiden Jahren unter schweren Naturkatastrophen zu leiden gehabt hätte. So habe es in den meisten Teilen der Provinz von Herbst 1979 bis Ende Mai 1980, d.h. mehr als 240 Tage lang, praktisch keinen Regen gegeben. Von Mitte Juni bis Anfang Juli seien dann mehr als 3.000 Produktionsbrigaden von Überflutungen und Hagelschauern heimgesucht worden, was zu "sehr großen Verlusten an landwirtschaftlicher Produktion, an Menschenleben und Eigentum" führte. Yu Mingtao berichtete weiter, daß in über 85% der Produktionsgruppen verschiedene Systeme der Produktionsverantwortlichkeiten, d.h. Teilprivatisierungsmaßnahmen, eingeführt worden seien (siehe hierzu auch E.Garms in C.a., November 1980, S.983 ff.). Dies bedeutet, daß die erst im September 1980 vom Zentralkomitee der KPCh genehmigten Teilprivatisierungsmaßnahmen offenbar großen Anklang unter der

Landbevölkerung gefunden haben (Radio Shanxi, 25.- 31.12.80, nach SWB, 13.1.81).

-sch-

#### **(27) Delegiertenwahlen zum XII.Nationalen Parteitag der KPCh in Henan**

Die Provinzorganisation der Kommunistischen Partei Chinas in Henan hat im Januar auf einer Delegiertenversammlung 57 Delegierte und 6 Ersatzdelegierte zum kommenden XII.Nationalen Parteikongreß der KPCh gewählt. Unter den Delegierten befindet sich auch der frühere 1.Sekretär des Provinzparteikomitees von Henan, Duan Junyi, der Ende Januar 1981 zum 1.Parteisekretär der regierungsunmittelbaren Stadt Beijing berufen wurde (Radio Henan, 31.1.81, nach SWB, 10.2.81).

-sch-

#### **(28) Weitere Delegiertenwahlen zum XII.Nationalen Parteitag der KPCh**

Im Januar 1981 wurden auch in der Provinz Gansu, dem Autonomen Gebiet Innere Mongolei, dem Autonomen Gebiet Ningxia der Hui-Nationalität und in dem Autonomen Gebiet Tibet von den dortigen KPCh-Organisationen die Delegierten zum XII.Nationalen Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas gewählt. In Ningxia und Tibet wurden jeweils 15 Delegierte und 2 Ersatzdelegierte benannt (diverse Rundfunkmeldungen, nach SWB, 16., 23. und 31.1.81).

-sch-

### **VERTEIDIGUNG**

#### **(29) Tauziehen in der Armee?**

Westliche Beobachter führen den Aufschub des Vollzugs der Todesstrafe für Jiang Qing auf den Einspruch einer starken VBA-Fraktion zurück, an deren Spitze Ye Jianying stehe. Auch habe sich die Führung durch eine Reihe von terroristischen Bombenanschlägen in Shanghai und in der nordöstlichen Provinz Liaoning - früheren Zentren der Viererbande - beeindrucken lassen (so z.B. David Bonavia in FEER, 16.1.81, S.10 f.).

Eine solche Argumentation ist wenig überzeugend. Schon lange vor Urteilsverkündung mußte eigentlich jedem vernünftigen Beobachter der Szene klar sein, daß Jiang Qing zwar zum Tode verurteilt, daß der Vollzug aber aufgeschoben werden würde - so widersinnig ein solches Ergebnis sich juristisch auch ausnehmen mag. Außerdem ist es kein Geheimnis, daß selbst Deng Xiaoping, einer der schärfsten Gegner der Viererbande, dagegen war, aus Jiang Qing eine Märtyrerin zu machen.

Unabhängig davon scheint es jedoch in letzter Zeit zu Schwierigkeiten disziplinarischer Art in der VBA gekommen zu sein. Dies ist jedoch nicht ausschließlich ein militärisches Problem, sondern spiegelt die gesamtgesellschaftliche Entwicklung wider, die heute - verglichen mit den Jahren der Kulturrevolution - als geradezu liberal bezeichnet werden kann. So fällt es beispielsweise auf, daß gleich eine ganze Reihe disziplinbezogener Versammlungen auf höchster Ebene stattfanden:

Vom 6.-12.Januar beispielsweise tagte die Disziplininspektionskommission des ZK-Militärausschusses und erneuerte den Ruf nach mehr Gehorsam gegenüber den Resolutionen und Direktiven des ZK-Militärausschusses (XNA in SWB, 2.2.81).